Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 36 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung praenumerando
oder durch Postvorschuß.

№ 219. Mittwoch den 7. August 1878. 72. Jahrgang.

Bekanntmachung, Einkommensteuer betr.

Im Anschlusse an unsere Bekanntmachung vom 18. d. M., Inhalts deren wir uns vorbehalten haben, für diejenigen Beitragspflichtigen, welchen ihre Einkommensteuerzufertigungen nicht haben behändigt werden können, den Tag zu bestimmen, von dem ab sie — nach §. 46 des Einkommensteuergesetzes vom 22. December 1874 — sich wegen Mittheilung des Einschätzungsergebnisses an unsere Stadt-Steuereinnahme, Ritterstraße 15, Georgenhalle II. Etage links, zu wenden haben und von dem ab — nach §. 49 des eben angezogenen Gesetzes — ihre Reclamationsfrist zu berechnen ist, bestimmen wir nunmehr und nachdem die Zufertigungen, soweit es möglich war, behändigt worden sind, als diesen Tag

den 5. August dieses Jahres.

Für die im Laufe des Steuerjahres nach hier verzogenen und hier steuerpflichtig werdenden Personen verweisen wir auf den ersten Satz des unten beigedruckten §. 47 des Einkommensteuergesetzes mit dem Bemerken, daß ein Nichtbeachten dieser gesetzlichen Bestimmung nach dem Schlußsatze des §. 68 eine Geldstrafe bis zu 50 Mark nach sich zieht.

Leipzig, am 31. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Taube.

§. 47. Wer im Laufe des Jahres steuerpflichtig wird, hat binnen 3 Wochen, vom Eintritt des die Beitragspflicht begründenden Verhältnisses an gerechnet, der Gemeindebehörde davon Anzeige zu machen und den Betrag seines Einkommens zu declariren.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Herstellung von Schleußen III. Classe in den Straßen IV. O. K. und V des südlichen Bebauungsplans, sowie in der Arndtstraße ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herrn Submittenten hiervon in Kenntniß gesetzt.

Leipzig, am 2. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatze.

Die **zum 21. d. Mts. miethfrei** werdende **Abtheilung Nr. 22** der **Fleischhalle am Hospitalplatze** ist von da ab für 156 ℳ jährl. Miethzins gegen einmonatliche Kündigung und sonst unter den üblichen Bedingungen anderweit zu vermiethen und wollen Miethlustige sich bei uns anmelden.

Leipzig, den 3. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

In der Kochstraße auf dem Tracte zwischen der Körner- und Arndtstraße, sowie zwischen der Moltke- und Kronprinzstraße sollen Schleußen III. Classe hergestellt und an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamte, Rathhaus, Zimmer Nr. 1, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Schleußen in der Kochstraße"

versehen ebendaselbst und zwar **bis zum 17. d. M. Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 6. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 und der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungs-Anlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1868 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Schlosser

Herr **Moritz Gustav Überall**, Nicolaistraße 34,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, am 1. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebenen Eisenconstructions- und Anstreicher-Arbeiten der Brücke über den Pleißenmühlgraben in Verlängerung der Pleißengasse sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiervon in Kenntniß gesetzt.

Leipzig, am 2. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Das Wahlergebniß im Königreich Sachsen.

* Leipzig, 6. August. Das „Dresdner Journal" bringt in seiner heutigen Nummer endlich die vollständige Zusammenstellung der amtlich festgestellten Wahlergebnisse im Königreich Sachsen. Es sind danach gewählt im 1. Kreis Dr. Hermann Lentzsch in Berlin, im 2. Kreis Spinnereibesitzer Emil Grützner in Hainitz, im 3. Kreis Rittergutsbesitzer Reich in Biehla, im 4. Kreis Generalstaatsanwalt Dr. von Schwarze, im 6. Kreis Hofrath Ackermann, im 7. Kreis Professor Richter, im 10. Kreis Justizrath Schaffrath, im 11. Kreis Rittergutsbesitzer Günther, im 12. Kreis Vicebürgermeister a. D. Dr. Stephani, im 13. Kreis Rittergutsbesitzer Dietze, im 16. Kreis Stadtrath Vogel, im 17. Kreis Kaufmann Brade in Braunschweig, im 18. Kreis Oberbürgermeister Streit, im 19. Kreis Schriftsteller Liebknecht, im 21. Kreis Fabrikbesitzer Holzmann in Breitenhof.

Stichwahlen haben stattzufinden im 5. Kreis zwischen Staatsminister a. D. von Friesen und Hebel, im 8. Kreis zwischen Advocat Eysoldt und Gutshauptmann von Ehrenstein, im 9. Kreis zwischen Kaufmann Penzig und Redacteur Kayser, im 14. Kreis zwischen Rittergutsbesitzer Dr. Frege und Redacteur Geyser, im 15. Kreis zwischen Landesökonomiesecretair Dr. Gensel und Schriftsteller Bahlteich, im 20. Kreis zwischen Staatsanwalt von Mangold und Expedient Wiemer, im 22. Kreis zwischen Amtshauptmann Schmiedel und Sattler Auer, im 23. Kreis zwischen Superintendent Landmann und Regierungs-Rath Retzsch, also in nicht weniger als 8 Wahlkreisen.

Gewählt sind beim ersten Wahlgange der Parteistellung nach 2 Deutschconservative, 4 Freiconservative oder Mitglieder der deutschen Reichspartei, 4 Nationalliberale, 1 gemäßigt Liberaler, 1 Fortschrittler und 2 Socialisten. Zur Stichwahl stehen 5 Deutschconservative, 1 Freiconservativer, 1 Nationalliberale, 1 Fortschrittler, 1 gemäßigt Liberaler und 6 Socialisten.

Es wurden im Ganzen abgegeben:

341,237 Stimmen

gegen 318,672 am 10. Januar 1877.

Von den 341,237 Stimmen fielen auf die

nationalliberalen Candidaten	69,458,
fortschrittlichen „	41,305,
deutsch-conservativen „	48,382,
socialdemokratischen „	132,805,
Candidaten der deutschen Reichspartei	36,915,
gemäßigt liberalen Candidaten	13,372.

Bei der Wahl am 10. Januar 1877 war das Verhältniß so, daß auf die Candidaten der beiden liberalen Parteien 118,656, auf die Candidaten der beiden conservativen Parteien 74,437 und auf die Candidaten der socialdemokratischen Partei 124,579 Stimmen fielen. Drei Jahre früher, 1874, war das Verhältniß 110,000, 50,000 und 90,000. Es läßt sich aus diesen Zahlen kein ganz bestimmter Vergleich in Bezug auf das Stärkeverhältniß der conservativen und der liberalen Parteien zu einander ziehen, da die Aufstellung gemeinsamer Candidaten der Ordnungsparteien in mehreren Wahlkreisen verhindert hat, daß in diesen Kreisen die Zahlverhältnisse der Parteien gesondert hervortreten. Der nationalliberalen Partei insbesondere dürfte die Mehrzahl der Stimmen zuzuzählen sein, welche in Dresden Staatsminister a. D. von Friesen, in Leipzig-Land Rittergutsbesitzer Dietze erhalten haben. Mit Hinzurechnung dieser Stimmen aber übersteigt die Zahl der am 30. Juli d. J. auf nationalliberale Candidaten gefallenen Stimmen um mehrere Tausende diejenige der vorhergegangenen Wahl und es sind somit die Behauptungen conservativer Blätter, daß die nationalliberale Partei in Sachsen dieses Mal eine Einbuße gegen früher erlitten habe, eine tendenziöse Unwahrheit. Beide conservativen Parteien zusammen haben gegen 1877 gleichfalls einige Tausend Stimmen mehr auf ihre Candidaten vereinigt, was im Hinblick auf die ihnen beim Wahlkampfe durch Regierungsbeamte, Geistliche, Gensdarmen ꝛc. geleistete Unterstützung durchaus nicht als ein sehr großer Erfolg erscheinen kann. Die Fortschrittspartei hat sich nahezu auf ihrer Stimmenzahl erhalten.

Bleibt noch die Betrachtung über das von der Socialdemokratie erzielte Stimmenverhältniß. So erfreulich es genannt werden muß, daß die Zahl der vorläufig gewählten socialistischen Abgeordneten sich von 7 auf 2 vermindert hat, so steht Dem eine abermalige Vermehrung der abgegebenen socialdemokratischen Stimmen um etwa 8000 gegenüber. Wer geglaubt hatte, die Stimmen dieser Partei würden in Sachsen im Allgemeinen einen Rückgang erleiden, der hat sich getäuscht. Richtig ist, daß die Zunahme der socialistischen Partei nicht mehr in dem Maße, wie in der Periode 1874—1875 stattgefunden hat, denn damals betrug dieses Wachsthum 34,000 Stimmen. Außer Acht darf ferner nicht gelassen werden, daß die Socialdemokratie dieses Mal nur in den größeren Mittelpuncten ihrer Agitation, z. B. in Dresden, Glauchau, Leipziger Landkreis, eine Stimmenvermehrung aufzuweisen hat, in einer Anzahl anderer Bezirke dagegen, u. A. in Wurzen, Meißen, Plauen, beträchtlich zurückgegangen ist.

Die Hauptsache, um die es sich im Augenblick handelt, ist, daß der socialdemokratischen Partei bei den Stichwahlen in den betreffenden sechs Bezirken nicht noch neue Mandate zufallen. Wir freuen uns, mittheilen zu können, daß in fast allen diesen Bezirken die Vereinigung der reichstreuen Wahlcomités zu gemeinsamer Bekämpfung der socialistischen Candidaten entweder schon erfolgt oder doch in der Anbahnung begriffen ist. Sind die Ordnungsparteien einig und rührig, dann wird auch die reichstreue Sache siegen und man wird alsdann die auf alle Fälle sich erfreuliche Thatsache verzeichnen können, daß die socialdemokratische Partei von ihren 7 Wahlkreisen nur noch 2 hat retten können.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 6. August.

Ein Berliner Correspondent der „Magdeb. Ztg." will wissen, daß auf den Kronprinzen der Ausfall der Wahlen einen recht üblen Eindruck gemacht hat. Das Auflösungs-Decret war wohl in der Erwartung unterzeichnet worden, die Neuwahlen würden die Situation klären und gesunde Parteiverhältnisse schaffen; statt dessen hat eine Parteiverschiebung stattgefunden, wie sie für die Klärung der Lage ungünstiger kaum gedacht werden kann, und der Erfolg der Wahlen zeigt mithin, daß die Auflösung des Reichstages besser unterblieben wäre und daß die Rathgeber des kaiserlichen Stellvertreters nicht das Richtige getroffen hatten. Namentlich ist ein Moment von Wichtigkeit: es hat in höchsten Kreisen peinlich berührt, daß urplötzlich eine Zunahme der socialdemokratischen Gefolgschaft bemerkbar geworden ist, wie man sie nicht erwartet hatte, und übel vermerkt wird, daß von den socialistischen Wählern nur zu viele ihr Bekenntniß zu den Lehren des vierten Standes mit dem Eingeständniß erläutern, sie könnten nicht glauben, daß Lassalle ein Querkopf gewesen sei, weil doch zu ihm der Reichskanzler intime Beziehungen unterhalten habe; es liege also wohl in der Unterstützung der socialistischen Bestrebungen eine Unterstützung der Politik des Kanzlers, zumal von der officiösen und halbofficiösen Presse vor den Wahlen alle Liberalen ohne Ausnahme fast leidenschaftlicher bekämpft worden seien als die Hasenclever und Fritzsche und Genossen. Die rigorose Befehdung des freisinnigen Bürgerthums ließ die officiöse Presse gar nicht dazu kommen, zur Bekämpfung der Socialisten alle übrigen Parteien zu sammeln, und so entstand die heillose Zersplitterung und Verwirrung, aus der ein Reichstag hervorgegangen ist, mit dem sich wegen seiner unnatürlichen Zusammensetzung schwer wird auskommen lassen. Sollte nun vollends eine Verständigung mit den Klerikalen herbeigeführt werden, um die Liberalen ganz unterzukriegen, so wäre dies ein Experiment, das sich schwer rächen würde, gerade so schwer, wie die laue Befehdung der Socialisten während des leidenschaftlichen Ansturms auf die Liberalen.

Privatnachrichten aus der Umgebung des Kaisers bekunden, daß das Teplitzer Bad eine ganz außerordentlich günstige Wirkung auf Se. Majestät übe, so daß die Möglichkeit einer Verlängerung des Teplitzer Aufenthalts lebhaft erörtert wird. Es ist möglich, daß der Kaiser bis zu der von ihm beabsichtigten Reise nach Kassel zur Theilnahme an den Manövern des 11. Armeecorps in Teplitz verbleibt, während andererseits davon gesprochen wird, daß vielleicht doch noch die Reise nach Gastein unternommen wird. Den Spätsommer und den Herbst will der Kaiser in Süddeutschland verleben. Das Geburtsfest Ihrer Majestät der Kaiserin wird, wie alljährlich am 30. September in Baden-Baden gefeiert werden und den Kaiser und seine ganze Familie dort vereinigen. In Folge der dringenden Vorstellungen der Aerzte gegen eine Unterbrechung der begonnenen Curen hat der Kaiser beschlossen, nicht zu den Hochzeitsfeierlichkeiten am 24. August nach Potsdam zurückzukehren.

Nach der nunmehr erfolgten amtlichen Zusammenstellung des Wahlergebnisses sind 334 Wahlen definitiv erledigt, während in 63 Wahlkreisen Stichwahlen vorzunehmen sind. Bis jetzt haben 57 Wahlkreise die Parteistellung gewechselt. Verschont von diesem Wechsel sind vorzugsweise die von der ultramontanen Partei beherrschten Gegenden geblieben. In der That war von vorn herein vorherzusehen, daß gerade diese Partei durch den diesmaligen Wahlkampf am wenigsten angefochten werden würde. In besonders starkem Maße hat sich der Besitzwechsel zwischen den Parteien in Ost- und Westpreußen und in Pommern vollzogen. In der letzteren Provinz wehte der conservative Wind so scharf, daß ihm nicht allein die liberalen, sondern auch die freiconservativen Sitze zum Opfer fielen. Mit Ausnahme der Stadt Stettin erscheint heute die Provinz Pommern über und über in dem eintönigen Schwarz der deutschconservativen Partei. Die reactionaire Bewegung hat alsdann nicht nur nach den benachbarten preußischen Provinzen, sondern auch nach Mecklenburg, welches bisher stets ausschließlich durch Liberale vertreten war, hinübergewirkt. Zwei der dortigen acht Sitze sind an die Conservativen verloren gegangen, zwei andere müssen erst noch in der Stichwahl behauptet werden. Die nationalliberale Partei hat bis jetzt 25 Sitze verloren, dagegen 7—10 — bei der schwankenden Parteibezeichnung der Neugewählten lassen sich genaue Ziffern nicht angeben — gewonnen. Außerdem ist sie an 30 Stichwahlen betheiligt. Wenn man überall die ganze Kraft anstrengt, so muß sich der weit überwiegende Theil derselben zu ihren Gunsten entscheiden.

Unter den aus dem Elsaß gemeldeten Wahlresultaten nimmt neben dem Rückfalle Straßburgs in die Protestrichtung hauptsächlich das Ergebniß im Wahlkreise Hagenau-Weißenburg die Aufmerksamkeit in Anspruch. Dieser Wahlkreis war im letzten Reichstage durch den Autonomisten Nessel, Bürgermeister von Hagenau, vertreten, welcher die Candidatur nicht wieder annahm. Jetzt steht nun eine Stichwahl zwischen dem Kreisdirector von Weißenburg, Herrn v. Stichaner, und einem Anhänger der ultramontan gefärbten Protestpartei bevor. Daß ein deutscher Verwaltungsbeamter es im Elsaß bereits heute zu einer so bedeutenden Stimmenzahl bringen konnte, ist unter allen Umständen ein erfreuliches Zeichen. Darüber dürfen indeß die Bedenken derartiger Beamten-Candidaturen nicht übersehen werden. Die deutsche Politik in Elsaß-Lothringen muß noch auf lange Zeit in erster Linie darauf gerichtet sein, die einheimische Bevölkerung zu aufrichtiger Theilnahme an der staatlichen Arbeit auf dem durch den Frankfurter Frieden geschaffenen Boden zu gewinnen. Aus diesem Grunde wurde dem Eintritt der Autonomisten in den Reichstag ein so großes Gewicht beigelegt. In der Erwählung deutscher Beamter in den Reichstag aber würden wir einen weiteren Fortschritt in dieser Richtung nicht zu erkennen vermögen. Die Bevölkerung des Reichslandes ist in Bezug auf parlamentarische Dinge noch ganz von den französischen Vorstellungen aus der Zeit des zweiten Kaiserreichs beherrscht. Auf jede Beamtencandidatur fällt nach diesen Begriffen das ganze Odium der „officiellen Candidatur". Früher suchte die Verwaltung des Reichslandes geflissentlich auch den Schein zu vermeiden, als wolle sie auf dies System zurückgreifen. Wir glauben gern, daß sie auch heute noch die Anwendung Napoleonischer Wahlkünste verschmäht, aber unter den überaus schwierigen Verhältnissen des Reichslandes sollte jede, selbst eine durchaus wohlwollende und unbefangene Einmischung des Beamtenthums in die Wahlangelegenheiten vermieden werden. Es mag einem höheren Verwaltungsbeamten unter Umständen gelingen, die zur Erwählung in den Reichstag erforderliche Stimmenzahl auf sich zu vereinigen; ein Gewinn für die innere Verschmelzung des Reichslandes mit Deutschland aber wird damit nicht erzielt. Wie die Dinge heute liegen, wünschen wir selbstverständlich von ganzem Herzen, daß Herr v. Stichaner seinen protestlerischen Gegner besiegen möge; im Interesse einer ersprießlichen, politischen Entwickelung Elsaß-Lothringens aber dürfte es sich empfehlen, daß die Verwaltung in Zukunft lieber, so viel ihr in ihrer Stellung möglich, die autonomistische Bewegung zu fördern suchte, statt die Elemente für eine Vertretung des elsässischen Volkes aus ihren eigenen Reihen zu stellen.

Bezüglich der Unterhandlungen des päpstlichen Nuntius Masella mit dem Fürsten Bismarck citirt der altkatholische „Deutsche Merkur" einige italienische Blätter, welche wissen wollen, daß Rom von Preußen als Friedensbedingung die Einführung von Verhältnissen wie in Bayern fordere, wo neben der Verfassung ein mit ihr im

SLUB
Wir führen Wissen.